

eine schärfere Kontrolle beim Marktzugang, um Projekte mit hohem Ressourcenverbrauch und starker Umweltverschmutzung zu vermeiden. Gleichzeitig sollen Bauprojekte gefördert werden, die Einsparungen beim Boden- und Energieverbrauch erlauben;

die Vermeidung von Ressourcenverlusten im Transport und Ressourcenverschwendung in der Logistik und Distribution;

die Förderung von Verbrauchsgewohnheiten, die Ressourceneffizienz sichern. Hierfür sollen Beispiele für das Einsparen von Ressourcen in Infrastrukturprojekten und bei Regierungsaktivitäten entwickelt werden;

die Beschleunigung der Entwicklung einer auf dem Recycling von Ressourcen basierenden Wirtschaft; aktive Förderung einer sauberen Produktion und Stärkung des Umweltschutzes.

Zu den aktuellen Maßnahmen des Umweltschutzes gehört die Schließung von rund einem Duzend Unternehmen und (kleinen) Goldbergwerken. Die State Environmental Protection Administration (SEPA) kündigte Ende Juni d.J. an, dass mehr als 40 Papiermühlen und Goldbergwerke aufgrund extremer Verschmutzung der Umwelt geschlossen worden sind.

Die SEPA forderte vor allem die stark energiebasierten Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie, die NE-Metallindustrie, die Kohle-, Elektrizitäts-, Erdöl-, Chemie- und Baustoffindustrie auf, ressourcensparender zu arbeiten. Im Umweltschutz sollen vor allem die Unternehmen in der Papierherstellung stärker überwacht werden. Wang Yuqing, stellvertretender Leiter der SEPA, wies im Juni d.J. darauf hin, dass die Behörde jeden Monat im Durchschnitt vier neue Projekte ablehne, da sie nicht die erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen aufwiesen.

Die Umweltprobleme haben auch im letzten Jahr zugenommen. So verschlechterte sich die Luftqualität in vielen Städten. Nur 132 von insgesamt 342 Städten erreichten den Grad 2 in der Luftqualität, das waren 3,1% weniger als im Jahre 2003. Der Umfang der festen Abfälle stieg um 20% auf rd. 1,2 Mrd. t im Jahre 2004. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Umweltbeschwerden von chinesischen Bürgern um 30% im letzten Jahr.

In der Kooperation mit dem Ausland hat China eine hohe Anpassungsfähigkeit gezeigt und sich an allen internationalen Umweltorganisationen beteiligt. Ende Juli wurde China Mitglied im Klimapakt Asia Pacific Partnership on Clean Development, der zwischen den USA, Australien und vier asiatischen Ländern, nämlich, neben China auch Indien, Südkorea und Japan, geschlossen wurde. Ziel des Paktes ist die Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen, allerdings sind keine bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsländer vorgesehen. Die Mitglieder stimmen darin überein, dass sie enger bei der Entwicklung sauberer Kohle, Atom- und Sonnenenergie sowie von hydroelektrischen Technologien zusammenarbeiten wollen. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit soll außerdem der Technologietransfer stehen.

Die USA und Australien zählen zu den Ländern, die nicht das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben, während Indien und China aufgrund ihres Entwicklungsländerstatus keine bindenden Zusagen machen mussten. Vor diesem Hintergrund gab es eine Reihe von kritischen Reaktionen in der Presse. Vertreter des World Wildlife Fund kommentierten den Pakt beispielsweise mit den Worten: „A deal on climate change that doesn't limit pollution is the same as a peace plan that allows guns to be fired“.

In der EU wurde das Abkommen mit einiger Überraschung aufgenommen, da der Umweltkommissar der EU ebenfalls aus der Presse von dieser Initiative erfahren hat-

te. Da die EU derzeit versucht, einen internationalen Konsens für den Klimaschutz nach dem Jahr 2012 zu erreichen, der auch Länder wie China und Indien einbezieht, stellt sich dieses Abkommen als konträr zu den Interessen der EU dar. (XNA, 23.6., 25.6., 26.6.05; IHT, 3.6., 29.7.05; WSJ, 5.7., 29.7.05; „Überraschender US-China-Klimapakt stößt of Skepsis“, <http://www.euractiv.com>, 29.7.05, Aufruf am 8.8.05)

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

37 Neubesetzung wichtiger Regierungsgämter unter Donald Tsang

Gleich zu Beginn der Amtszeit des neuen Regierungschefs (*Chief Executive*) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong, Donald Tsang, wurden zwei Ämter im Kabinett mit langjährigen Weggefährten des Regierungschefs neu besetzt und damit ein Beitrag zu Tsangs weiterer Machtsicherung geleistet.

Rafael Hui hat seit dem 30. Juni 2005 als *Chief Secretary of Administration* das frühere Amt Donald Tsangs inne und wurde damit zum Zweiten in der Hierarchie hinter dem Regierungschef. Der 57-jährige Hui zählt zu den langjährigen Kollegen des *Chief Executive* aus seiner Zeit im *Civil Service*. Beide betonten bei Huis Amtseinführung ihre freundschaftliche und kollegiale Verbundenheit. Nach seinem Abschluss an der University of Hong Kong arbeitete Hui seit 1970 für den öffentlichen Dienst, u.a. in den Bereichen Sicherheit, Transport und Dienstleistungen sowie Inneres. Wie sein Amtsvorgänger schloss er an der Harvard-Universität im Fach Öffentliche Verwaltung ab. In der Kolonialregierung der Briten arbeitete er ab 1995 als Staatssekretär für Finanzdienstleistungen (*Secretary for Financial Services*). Dieses Amt bekleidete Hui

auch nach dem Souveränitätswechsel 1997 in der Tung-Regierung und war damit Donald Tsang, dem damaligen *Financial Secretary*, unterstellt. 2000 schied Hui aus dem Staatsdienst aus und arbeitete seitdem als freier Berater (vgl. C.a., 2000/1, Ü 34). Neben den Interventionen Donald Tsangs ist es auch Huis Marktreflexionen zu verdanken, dass Hongkong die Asienkrise relativ unbeschadet überstand. Während des Wahlkampfes zur Wahl des neuen *Chief Executive* im Juni 2005 leitete Hui Donald Tsangs Kampagne. Wie Donald Tsang pflegt auch Hui gute Kontakte zu beiden politischen Parteienlagern.

Andrew Wong wurde Anfang Juli zum Leiter des Büros des Regierungschefs ernannt. Der 45-Jährige war zuvor Vertreter Hongkongs für Wirtschafts- und Handelsfragen bei der Europäischen Union in Brüssel. Bevor Wong 2000 nach Brüssel wechselte, fungierte er als Verwaltungsdirektor im Hongkonger *Civil Service*, in den er 1982 eingetreten war. Dort arbeitete er eng mit Donald Tsang zusammen. Wongs Amtszeit wird am 1. August beginnen und zunächst sechs Monate andauern. Zu seinen Aufgaben wird es gehören, an der Formulierung der nächsten Regierungserklärung im Oktober d.J. und bei der Umsetzung und Verjüngung des Hongkonger Regierungskabinetts mitzuwirken.

Bislang übernahm der neue *Chief Executive* alle weiteren Kabinettsmitglieder, die zuvor der Tung-Regierung angehörten. Weitere Neubesetzungen werden jedoch spätestens nach der Abgabe seiner Regierungserklärung im Oktober erwartet. (XNA, 30.6.05; SCMP, 30.6., 1.7.05; Hong Kong SAR government website, 27.7.05; ST, 1.7.05) -kw-

38 Massenproteste am 1. Juli bleiben aus

Zum dritten Mal seit 2003 fanden anlässlich des achten Jahrestages des Souveränitätswechsels an die VR China am 1. Juli 2005 Demonstrationen in der Sonderverwal-

tungsregion (SVR) Hongkong statt. Die Zahl der Protestierenden blieb in diesem Jahr jedoch weit hinter den Erwartungen der Veranstalter und erreichte die der Vorjahre nicht.

Am sechsten Jahrestag der Übergabe Hongkongs im Jahr 2003 hatten eine schwere wirtschaftliche Depression und Regierungspläne für die Einführung eines Antisubversionsgesetzes gemäß Artikel 23 des *Basic Law* (BL) noch eine halbe Millionen Menschen dazu bewogen, ihren Unmut auf Hongkongs Straßen zum Ausdruck zu bringen. Die hohe Zahl der Protestierenden hatte damit nicht nur die Veranstalter, sondern auch die Hongkonger Regierung überrascht (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29). Am 1. Juli 2004 wiederholten sich die Massenproteste anlässlich des Jahrestages des Souveränitätswechsels zum zweiten Mal, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Diesmal boten weder die schlechte wirtschaftliche Lage noch die Vorlage für ein Antisubversionsgesetz Anlass für Demonstrationen. Als neuer auslösender Faktor ließ sich die Auslegung des BL durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses im April 2004 identifizieren. Diese hatte allgemeine Direktwahlen zum Regierungschef und zur Legislativversammlung der SVR für die Jahre 2007/08 ausgeschlossen (vgl. C.a., 2004/7, Ü 25).

Der Umstand, dass infolge der Beratungen der Taskforce für konstitutionelle Entwicklung unter dem vormaligen *Chief Secretary of Administration* und jetzigem *Chief Executive* Donald Tsang und der anschließenden öffentlichen Diskussionen seither kein konkreter Zeitplan zur Einführung von allgemeinen Direktwahlen oder mögliche Modifikationen des Wahlsystems determiniert wurden, hatte in diesem Jahr neuerliche Massenproteste der Hongkonger Bevölkerung erwarten lassen. Außerdem hätte die dritte Auslegung des BL zur Regelung der Amtszeit des neu gewählten *Chief Executive* im April d.J. Anlass zur Kritik geboten.

Stattdessen beteiligten sich am 1. Juli 2005 nach Schätzungen der Ver-

anstalter, der prodemokratischen Aktivistengruppe *Civil Human Rights Front*, lediglich 21.000 Hongkonger an einem Protestzug für mehr Demokratie. Damit blieb die Teilnehmerzahl auch weit unter den erwarteten 50.000. Eine von regierungsfreundlichen Gruppierungen organisierte Parade zum Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an die VR China zählte hingegen 30.000 Teilnehmer.

Bereits im Vorfeld des achten Jahrestages hatte sich abgezeichnet, dass eine solch hohe Beteiligung wie in den Vorjahren nicht zu erwarten war. Die Mehrzahl der seit den Wahlen zur Legislativversammlung im September 2004 stattfindenden Protestzüge, die von prodemokratischen Gruppierungen organisiert wurden, fanden nur begrenzten Zuspruch. Selbst gegen die Auslegung des BL im April d.J. demonstrierten nur wenige Bürger (vgl. C.a., 3/2005, Dok 43).

Regierungsfreundliche Kommentatoren werteten die relativ geringe Beteiligung als Beweis dafür, dass die weitere Demokratisierung des Hongkonger Wahlrechts kein brennendes Thema mehr für die Bevölkerung darstellt. Ihre Argumentation sahen diese auch durch eine Umfrage der Central Policy Unit vom April d.J. gestützt. Demnach rangieren allgemeine Direktwahlen bei 25 zu gewichtenden Politikfeldern lediglich auf dem 13. Platz.

Eine eher demokratiefreundliche Beurteilung sieht sich hingegen in der Bedeutung von Demokratie für die Hongkonger Bevölkerung bestätigt. Trotz einer verbesserten wirtschaftlichen Lage, die die Arbeitslosenquote wieder sinken lässt, trotz des Rücktritts des stark kritisierten *Chief Executive* Tung Chee-hwa und trotz der Zustimmung für seinen Nachfolger Donald Tsang (vgl. „Im Fokus“ vorne in diesem Heft), ist die Einführung von allgemeinen Direktwahlen für die Bürger der SVR immer noch von Bedeutung. Ein Ausschluss für die Jahre 2007/08 scheint allerdings akzeptiert worden zu sein.

Zu Beginn der Amtsperiode des neuen *Chief Executive* Donald Tsang

dürfte die sichtlich beruhigte Atmosphäre in Hongkong nun für alle politischen Parteien Hongkongs vor allem eine Chance für einen konstruktiven Dialog miteinander und mit der Öffentlichkeit bieten, um eine Reformierung des Wahlrechts baldmöglichst einleiten zu können. (SCMP, 28., 29.6., 1., 2.7.05; NZZ, 2./3.7.05; *The New York Times*, 1.7.05; ST, 1., 2.7.05) -kw-

39 Angst um Pressefreiheit unter der neuen Regierung oder politische Inszenierung?

Die Live-Übertragung von Pferderennen und eines Gesangswettbewerbes durch den staatlichen Radio- und Fernsehsender RTHK (Radio Television Hong Kong) heizte im Juni und Juli 2005 in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong eine hitzige Debatte um eine mögliche Einflussnahme des neuen *Chief Executive*, Donald Tsang, auf die Hongkonger Pressefreiheit an.

Anlass zur Diskussion lieferte die Kritik Tsangs, dass ein öffentlicher Sender mit derlei Unterhaltungssendungen nicht mit privaten Sendern konkurrieren solle. Stattdessen halte er einen Fokus auf die Verbreitung und Unterstützung von Regierungsinitiativen für notwendig, so der Regierungschef. RTHK nahm daraufhin prompt die Berichterstattung über Pferderennen aus dem Programm.

Lokale Medien, wie die Tageszeitung *South China Morning Post*, sprachen in der Folge von einem Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit. Als Reaktion ließ die Regierung durch Rafael Hui, den neuen *Chief Secretary of Administration*, verlautbaren, dass die Unabhängigkeit des Radio- und Fernsehsenders keineswegs eingeschränkt werden würde. Die redaktionelle Unabhängigkeit müsse verteidigt werden. Allerdings sollten öffentliche Rundfunk- und Fernsehsender, die öffentliche Gelder verwenden, bestimmte Standards erfüllen sowie Verantwortlichkeiten und Rechte bewahren, so Hui in seiner Stellungnahme.

Einige Hongkonger Medien diskutierten, ob es sich hierbei tatsächlich um einen Eingriff in die Pressefreiheit handle, und stellten sogar Bezüge zur Inhaftierung des in Hongkong tätigen Korrespondenten der in Singapur erscheinenden *Straits Times*, Ching Cheong, Ende April d.J. wegen des Verdachts auf Spionage (vgl. C.a., 3/2005, Dok 17) sowie zum Rücktritt der beiden KPCh-kritischen Talkshow-Moderatoren des unabhängigen Rundfunksenders Commercial Radio, Albert Cheng und Raymond Wong, im Mai 2004 her. Andere Beobachter stellten demgegenüber die Frage nach einer Diskussion über die Funktion öffentlicher Rundfunk- und Fernsehsender. Belegte eine Evaluierung der Pressefreiheit durch die Organisation Reporter ohne Grenzen doch, dass Hongkong auf Platz 34 an zweiter Stelle in der asiatisch-pazifischen Region hinter Neuseeland rangierte, und der Vorwurf eines neuerlichen Eingriffes in die Hongkonger Pressefreiheit somit nicht haltbar sein dürfte.

Die Nachricht von Mitte Juli d.J., dass der jetzige Regierungschef Donald Tsang bereits im April von der bevorstehenden Streichung der Berichterstattung von Pferderennen unterrichtet worden war, entlarvte die ganze Diskussion schließlich als strategische Kampagne Donald Tsangs. Hätte er als neuer *Chief Executive* die Streichung des Programms gewünscht, wäre ein Anruf bei den Verantwortlichen wohl ausreichend gewesen. Stattdessen wählte er den Weg, öffentlich Kritik am Hongkonger Rundfunk- und Fernsehsender RTHK zu üben. Er könnte damit das Ziel verfolgt haben, eine Debatte um die Rolle des Senders anzuregen und seine eigenen Vorstellungen zur Aufgabenstellung des Senders klar zu machen. So könnte der neue Regierungschef den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehsender RTHK dazu instrumentalisieren wollen, seine Regierungsarbeit zu begleiten und zu verbreiten. (SCMP, 21.6., 12., 22.7.05; SCMP, 1., 16. 7.05, nach BBC PF, 2., 18.7.05; WSJ, 17.7.05) -kw-

40 Hochschulen planen Ausweitung der Ausbildungskapazitäten

Die Einführung des neuen Bildungssystems unter der Bezeichnung „3+3+4“ ist auf das Jahr 2009 verschoben worden, um den Schulen und Hochschulen mehr Zeit für die Vorbereitung zu geben. Nach der Reform sollen auf drei Jahre untere Sekundarstufe drei Jahre obere Sekundarstufe und dann vier Jahre Studium folgen. Man verspricht sich davon für viele Schüler eine längere Schulzeit, denn derzeit setzt nur ein Drittel der Schüler die Schule in Stufe 6 fort (siehe C.a., 2004/10, Ü 39).

Die University of Hong Kong (HKU) will ihr 4-jähriges Curriculum bis zum Jahr 2011 umgestellt haben und dann die ersten Studenten gemäß der neuen Struktur aufnehmen. Dieses Datum fällt mit der 100-Jahr-Feier der Universität zusammen. Bei der Vorstellung Anfang Juli eines 10-Jahres-Entwicklungsplans wurde weiterhin bekannt gegeben, dass ca. 100 Mrd. HK\$ (rund 12,8 Mrd. US\$) ausgegeben werden sollen, um durch Ausweitung des Campus und Anstellung von mehr Lehrkräften die Voraussetzungen für die neue Struktur zu schaffen. Die Zahl der lokalen Studenten im Grundstudium soll dabei um 10% und die der Studenten aus Übersee um 2.000 steigen. Insgesamt wolle die HKU dann über 15.000 Studenten ausbilden.

Auch die Hong Kong University of Science and Technology (HKUST) will ihre *undergraduate*-Programme ausweiten und verbessern, um die Universität zu einem „internationalen Mekka für Studenten“ zu machen. Zurzeit kommen rund 10% der Studenten von außerhalb Hongkongs; deren Anteil soll in den nächsten 5-10 Jahren auf 20% ansteigen. Zugleich hat sich die Universität die Princeton-Universität als Vorbild genommen und will mittels eines Investitions- und Infrastrukturprogramms in Höhe von 1,9 Mrd. HK\$ zu einer führenden Forschungsuniversität werden. Sie will sich auf fünf Schlüsselfelder konzen-

trieren (Nanotechnologie; Biotechnologie; Elektronik und Informationstechnologie; dauerhafte Entwicklung, Energie und Umwelt; Management) und mit Hilfe privater Partner ein „Institute for Advanced Study“ sowie eine „School of Innovation and Technology Management“ aufbauen. So will sie auch ihren Einfluss auf das Hochschulwesen auf dem Festland ausdehnen.

Um den Studenten mehr Ausbildungsflexibilität zu ermöglichen plant das University Grants Committee die Einführung neuer Stipendiensysteme bis 2009. Abgehend vom „Block-“Modell wird ein System von „Credits“ für Kurse, Studienprogramme und Ausbildungseinheiten überlegt, das Studenten ermöglichen würde, zwischen Universitäten zu wechseln, Auslands- und Inlandsstudium zu kombinieren, aber auch eventuell länger als die vorgesehenen vier Jahre zu studieren. (SCMP, 8., 28.6.05; XNA, 7.6., 7.7.05) -gs-

41 Viele Migranten erhalten weniger als Minimallohn

Über 40% der Haushaltshilfen aus Indonesien sind unterbezahlt, ergab eine Umfrage von drei Agenturen für Wanderarbeiter. Befragt wurden 1.017 Hausmädchen, von denen 42% angaben, sie würden weniger als das monatliche Lohnminimum von 3.270 HK\$ erhalten. Ca. 22% gaben rund 2.000 HK\$ als Lohn an, 10% erhalten nur ca. die Hälfte des erst im Mai um 50 HK\$ erhöhten Satzes und einige sogar weniger als ein Drittel. Viele berichteten darüber hinaus, dass sie gezwungen würden, falsche Belege über höhere Lohnzahlungen abzuzeichnen.

Aber auch die Vermittlungsagenturen wurden von den Befragten der Übervorteilung beschuldigt. Hier sehen die Hongkonger Bestimmungen vor, dass die Vermittlungsgebühr höchstens 10% des Monatsgehalts betragen darf, während die indonesische Regierung Gebühren bis zur vollen Höhe der ersten Monatsgehälter genehmigt. 77% der Befragten zahlten überhöhte Gebühren bis zu

21.000 HK\$; viele Agenturen nehmen auch völlig überzogene Gebühren für die Erneuerung von Verträgen.

Die Migranten, so ergab diese erste Untersuchung ihrer Art, erhalten von den Vermittlungsagenturen keine Informationen über das, was sie in Hongkong erwartet, und seien auf die Probleme mit der Bezahlung, Vertragsverletzungen, vorfristige Kündigungen und verbale Beleidigungen weder vorbereitet noch erhielten sie Schutz dagegen. (SCMP, 9.6.05) -gs-

42 Vorschläge zur Gesundheitsreform zum Jahresende erwartet

In seiner diesjährigen Regierungserklärung hatte der Hongkonger Regierungschef auch die Reaktivierung des „Health and Medical Development Advisory Committee“ angekündigt, das die Regierung bei der dringend erforderlichen Reform des Gesundheitswesens unterstützen soll. Ohne diese Reform, so wird erwartet, dürfte das Defizit im öffentlichen Gesundheitsbereich in den nächsten vier Jahren auf 7,3 Mrd. HK\$ anwachsen und bis zum Jahr 2033 würde die Hälfte aller Steuereinnahmen dafür ausgegeben werden. Erste Vorschläge zur Grundversorgung liegen inzwischen vor, ein umfassender Bericht mit Vorschlägen zur Finanzierung des Gesundheitswesens wird zum Jahresende erwartet.

Die Notwendigkeit, das Gesundheitswesen zu reformieren, ist seit Anfang der 90er Jahre bekannt. Der Beginn der öffentlichen Debatte darum kann auf 1993 datiert werden, als die Regierung das Dokument „Towards Better Health“ veröffentlichte. Weitere Berichte und Untersuchungen wurden Ende 1997, im Dezember 2000 und im Juni 2004 vorgestellt. Hintergrund dieser Diskussion sind demographische Veränderungen auf der einen Seite (mit der gestiegenen Lebenserwartung werden bis 2023 23% der Hongkonger über 65 Jahre alt sein) und steigende öffentliche Kosten

aufgrund des technologischen Fortschritts sowie wachsender Erwartungen auf der anderen.

Die drei Ebenen des Hongkonger Gesundheitswesens werden mit unterschiedlichen Anteilen sowohl von öffentlichen als auch von privaten Anbietern getragen. Die Grundversorgung (*primary health care*), die generell jedem Hongkonger zu erschwinglichen Preisen zugänglich sein sollte und die nach OECD-Studien die entscheidende Basis für eine gesunde Gesellschaft darstellt, wird vom Department of Health (DH), der Hospital Authority (HA) und dem Privatsektor ermöglicht. Dabei sind die meisten vorsorgenden Dienste öffentlich, während im vorsorgenden Bereich private Mediziner 56,5% der Behandlungen vollziehen. Diese auf 4-5.000 geschätzten privaten Ärzte arbeiten unabhängig von der Regierung und ohne Subventionen sowie zu 90% in Einzelpraxen.

Die zweite Versorgungsebene (*secondary health care*) umfasst im Allgemeinen die stationäre Versorgung von Kranken und ist ihrem Wesen nach heilend; die dritte (*tertiary health care*) bezeichnet komplexe und kostenintensivere stationäre Dienste. Da der Bau und der Unterhalt von Krankenhäusern mit höheren Kosten verbunden sind, ist der öffentliche Sektor auf diesen beiden Ebenen der dominante Anbieter. Die HA verwaltet alle öffentlichen Krankenhäuser, im Mai 2005 waren dies 43 Einrichtungen mit 20.550 Betten, 4.546 Ärzten (einschließlich Praktikanten), 18.917 Pflegern (ohne Trainees) sowie 4.817 weiterem Gesundheitspersonal. Die Zahl der privaten Krankenhäuser beläuft sich auf 12 mit insgesamt 2.853 Betten, im Einzelnen zwischen 70 und 590. Derzeit werden rund 5% der stationären Patienten privat versorgt.

Der Gesundheitssektor ist damit hochgradig von öffentlichen Mitteln abhängig, zumal es keine öffentliche Krankenversicherung gibt. Während einerseits im Vergleich mit den OECD-Ländern die Hongkonger Gesundheitsausgaben (gemessen am BIP) nicht besonders hoch sind und auch ihr Anteil an den öffentli-

